



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

06/2017

08.03.2017

Adam-Karrillon-Str. 62
D – 55118 Mainz

Postfach 17 06
D – 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56
Telefax 06131.67 99 95
post@dbb-rlp.de

verantwortlich:
Malte Hestermann

Landtagssondersitzung zum rheinland-pfälzischen Pensionsfonds

dbb rheinland-pfalz bekräftigt Forderung nach kapitalgedeckter Rücklage

Eine verfassungskonforme Fortschreibung des Finanzierungsfonds fordert der dbb rheinland-pfalz anlässlich der Plenarsitzung des Landtages, die allein zu diesem Thema einberufen wurde.

Ein richtiger Fonds wäre aus Sicht des dbb Landesbundes eine gute und beruhigende Ergänzung zur erleichterten Erfüllung gesetzlich zwingender Versorgungsverpflichtungen des Landes gegenüber seinen Beamten, wenn das Vermögen auf einer echten und strikt zweckgebundenen Kapitaldeckung fußte.

dbb Landeschefin Lilli Lenz sagte am 08. März 2017: „Seit Jahrzehnten fordern die Beamtinnen und Beamten mit uns, dass im öffentlichen Dienst massenweise, teils ausdrücklich zur Pensionsfinanzierung eingesparte Mittel tatsächlich auch für Rücklagen zur Abfederung künftiger Versorgungsverpflichtungen vorgehalten und eingesetzt werden müssen. Wenn stattdessen Gelder zweckentfremdet verbraten werden oder vorgebliche staatliche Schließfächer mit der Bezeichnung `Fonds` nur Staffage sind, dann verringert das den Druck auf die Staatskasse und auch den Steuerzahler keineswegs. Deshalb muss echtes Geld in das Schließfach statt Luftbuchungen, das wäre seriös. Ein Zettel im Fach mit dem Vermerk `Habe entnommen...` ist das nicht.“

Aus Sicht der Beamten, so die dbb Landesvorsitzende, wäre auch eine externe, wahlperiodenunabhängige Verwaltung der Rücklagen zur Beschränkung politischen Zugriffs diskussionswürdig.

Dass man mit reinen Buchgeldkulissen ohne werthaltigen Aufbau dahinter keine belastbare und vertrauenswürdige Grundlage schaffen könne, habe der dbb rheinland-pfalz seit Errichtung des Fonds gesagt.

Dass das Umfärben von Schulden und Beleihungen im Fonds auf Investitionen verfassungswidrig ist, wisse man seit dem von der CDU-Landtagsfraktion erwirkten Verfassungsgerichtshofspruch sicher.

Dabei habe der Verfassungsgerichtshof die Fondslösung nicht grundsätzlich gekippt. Lilli Lenz: „Gegen einen Finanzierungsfonds hatten und haben wir nichts. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Wir wünschen uns von Landesregierung und Landesgesetzgeber, dass die Beamtenversorgung nicht auf die leichte Schulter genommen, sondern verfassungsgemäß gesichert wird – im Sinne der Beamten und der Steuerzahler.“

pre
s
s
e
d
i
e
n
s
t